

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Polizisten und Sicherheitskräfte vor Linksextremisten nachhaltig schützen - eine bedarfsgerechte Auskunftssperre bei Meldebehörden durchsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die stark um sich greifenden Gewaltexzesse und Anschläge marodierender Linksextremer gegen Sicherheitskräfte, Polizisten und deren Einrichtungen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihrer Fürsorgepflicht als oberste Dienstbehörde nachzukommen. Für alle Sicherheitskräfte und Polizisten wird eine Auskunftssperre bei den Meldebehörden gesetzlich verankert.
3. In diesem Sinne überarbeitet die Landesregierung die entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften, unter anderem das Landesmeldegesetz (LMG) vom 1. Dezember 2008.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Die Gefahr, Opfer linksextremistischer Gewalttaten zu werden, wird immer höher. Dabei legen besonders linksextremistische Straftäter in den Hochburgen Hamburg, Berlin oder Leipzig große kriminelle Energie an den Tag. „Politisch motivierte Kriminalität - links“ stieg im Jahr 2012 von 6.191 auf 8.673 im Jahre 2013. Immer häufiger geraten u. a. Sicherheitskräfte und Polizisten ins Visier linker Gewaltexzesse.

Brandanschläge auf Polizei- und Bundeswehrfahrzeuge oder der Angriff auf staatliche Polizeidienststellen, wie in Leipzig-Connewitz, erinnern hierbei an die terroristischen Aktionen der RAF aus den 60er- und 70er-Jahren. Verletzte Polizeibeamte nach Auseinandersetzungen mit Linksextremisten bestimmen zumeist die Szenerie bei politischen Großveranstaltungen. Unlängst hat die Entwicklung auch Mecklenburg-Vorpommern eingeholt.

Die aktuellen politischen Entwicklungen werden immer mehr auf dem Rücken der Polizei ausgetragen. Zu Recht kritisieren Vertreter der Polizeigewerkschaft die brutalen Übergriffe, insbesondere durch linksextremistische Gewalttäter, gegenüber Sicherheitskräften sowie der Polizei und fordern eine Verbesserung der Sicherheitslage ihrer Beamten. Um das Augenmerk für den persönlichen Schutz der Polizisten und Sicherheitskräfte zu verstärken, ist es daher unumgänglich, sensible Daten, wie Vor- und Familiennamen und Anschrift, bei Meldestellen einer generellen Auskunftssperre zu unterziehen, da die Beamten aufgrund ihrer Tätigkeit verstärkt zu Angriffszielen werden können.